

Der Standpunkt

„Und tschüs“

Eines ist sicherlich schade: Auf die lustigen Sprüche einer Kanzerlantin Christine Vranitzky - Stichwort Ballbiß am Golfplatz als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme - wird man in Zukunft verzichten müssen.

Die Arroganz, mit der die Vranitzkys der „einfachen“ Bevölkerung gegenüberstanden, ist aber nicht das einzige, was im Gedächtnis haften bleiben sollte. Franz Vranitzky war der erfolglose SPÖ-

Parteivorsitzende in der Geschichte der Zweiten Republik. Unter seiner Führung gingen der Partei mehr als ein Drittel ihrer Mitglieder - rund 250.000 - und fast sämtliche Wahlen auf allen Ebenen verloren. Politisch lieferte Vranitzky die SPÖ - obwohl ihm hier als Ex-Bankmanager eigentlich kein Vorwurf gemacht werden kann - vollständig an die Bürgerlichen aus und rückte die Partei weit nach rechts. In seine Ära fallen: Die Zerschlagung der Verstaatlichten, mindestens 30.000 Arbeitslose mehr, die Ausländerengagessetze und mehrere Sparpaket. Diese politik war der Stoff, aus dem der Aufstieg der Haider-FPÖ gemacht ist. Ein Aufstieg, der mit Vranitzkys Antritt begann und diesen konsequent begleitete.

Von „Linken“ wurde das „korrekte Verhältnis zur Vergangenheit“ und Vranitzkys Rolle während der „Waldeheim-Ar“ oft als die großen Pluspunkte seiner Laufbahn genannt. Allerdings - selbst aus der Sicht westlicher Bürgerkreise war die Position, in die Österreich damals durch die Waldeheim-Kandidatur hineinmanipuliert wurde, nicht tragbar. Vranitzky betrieb auf dem internationalen Parkett schlichtweg das bessere „bürglerische“ Krisenmanagement - eine Rolle, die er der SPÖ in allen Bereichen verordnet hat. Er wagte es allerdings nie, Waldeheim offen wegen seines Lügen zu kritisieren - im Gegensatz zu seinem Vorgänger Sinowatz, der deshalb seinen Job nehmen mußte. Wie selektiv auch Vranitzkys „Vergangenheitsbewältigung“ übrigens oft war, zeigt eine seiner letzten „Aktionen“: In einem stand veröffentlichter Kommentar allblößlich des hundertsten Geburtstags der Architekten Schütte-Lihotzky - nach Jahrzehnten der Schämung und eines Ignoranz - durch deren Widerstandsfähigkeit gewürdigt. Freilich findet sich keine Zeile darüber, daß dieses Frau alles, was sie in ihrem Leben leistete, als überzeugte Kommunistin tat.

Bruno Kreisky wird der Satz zugeschrieben, „Solange ich regiere, wird nichts regiert“. Erfunden oder nicht, der Ausdruck hält einer historischen Überprüfung jedenfalls stand. Innerparteilich war Kreisky in Fragen wie z.B. der Abtreibung, oder der zweitsprachigen Ortsäste immer auf der rechten Seite. Mit linker Opposition - z.B. in den Jugendorganisationen - ging er nicht gerade zimperlich um. Doch kaum war er 1983 zurückgetreten, mutierte er - wahrscheinlich nicht zuletzt wegen der Politik seiner Nachfolger - zu linken Identifikationsfigur. Man erinnerte sich plötzlich „an die gute alte Kreisky-Zeit“, die Sozialistische Jugend - früher ein scharfer Kritiker seiner Politik - verkauft sogar bei einem Mäusemaus Kreisky-Anstecker. Es ist zu befürchten, daß anfänglich der vorhersehbaren Integration Haiders in die Zentren der politischen Macht, sich manche früher oder später an die vermeintlich gute alte Vranitzky-Zeit“ erinnern werden. Aber Gründie, „Vranitzky-Gedenk-Buttons“ zu produzieren, schei ich eigentlich keine.

Grüne Konferenz

Wohin zeigt der grüne Kompaß?

Der Slogan „Grüner Kompaß für eine andere Republik“ ist irreführend. Nachdem sie bei der Nationalratswahl '96 nur knapp die 4 % Hürde für das Parlament übersprungen hatten, gab es jede Menge persönlicher Querelen in der grünen Führungsriege.

von Thomas Kerschbaum,
SOV-Ortsgruppe Wien Nord

Die Grünen werden in der Öffentlichkeit geprägt durch das Auftreten Chorrherr und einiger weniger Personen an der Spitze. Chorrherr möchte eine Änderung der Selbstdarstellung. Respektabel, berechenbar und regierungsfähig sollen die Grünen werden. Chorrherr bietet die Regierung jede Kooperation an, bei gleich-

zeitig generell harter Oppositionspolitik. Bei jedem Treffen Chorrherr zur schrittweisen Änderung der grünen Politik, kommt sofort heftiger Protest aus der Partei, einmal von den Bundesländer-Grünen, das andere Mal von den Wiener „Linken“ oder von EU-Abgemeindeten Vogelhuber. Unter Chorrherr gab es zweifelslos eine ideologischen Rechtswendung, aber für was stehen die Grünen nun? Sie sind gespalten - politisch und organisatorisch. In Fragen der Ideologie, der Ausrichtung, der Neutralität usw. gibt es einen sehr labilen Grundkonkonsensus in der Partei, der nur durch die Oppositionsrolle der Grünen und der noch inneren andauernden negativen Haltung der SPÖ-Führung zu einer möglichen Regierungsbeteiligung zusammengehalten wird. Die ideologischen Signale der

grünen Führung sind mißverständlich und widersprüchlich. Chorrherr steht eindeutig für einen kapitalistischen Weg. Klar, er ist - wie so viele SPV'ler auch - gegen einen „ungezielten Kapitalismus“, spricht sich für die Gemeinschaftswirtschaft und die Gründungswirtschaft wie Energie und Wohnen aus, aber unterstützt wie Van der Bellen die Privatisierung der Bank Austria. Auch in der Frage der Grünen sind die politischen Signale der Grünen sehr widersprüchlich, einmal ja - einmal skeptisch. Es gab und gibt noch immer Hoffnung in Teilen der österreichischen Linken, daß die Grünen sich zu einer klar linken Kraft entwickeln könnten, die Opposition links von der SPÖ betreuen und dadurch einen Pol der neuen sozialen Struktur für linke Politik werden könnten. Es ist auch klar, daß es linke Personen und Gruppen innerhalb der Grünen gibt, die diese ordnen sich im wesentlichen der Parteilösung Chorrherr an. Das Wirtschaftsprogramm der Grünen orientiert sich an den Prinzipien des Aus-

tro-Keynsianismus der 70er Jahre - Umverteilung durch Steuern, Reduzierung der Lebensarbeitszeit und Beschäftigungsprogramm im Weltmarkt - aber alles auf kapitalistischer Grundlage. Man könnte dies auch sozialdemokratischen Reformismus nennen. Dieser Politik fehlt aber die politische Basis, denn die Grünen sagen weder offen, mit wen sie diese Politik durchführen wollen, noch, wie sie den Widerstand der Kapitalisten gegen solche eine „Umwertungs-politik“ brechen wollen. In den Grünen laborieren die Grünen an der gleichen Krankheit wie die Sozialdemokratie: Es gibt keine genaue Analyse des Kapitalismus, wie sie sich, radikal eingeschlossen, die Oppositio-

nens links von der SPÖ betreuen und dadurch eine neue Bilanz des Kapitalismus zu ziehen. Die grüne Führung hat bereits eine klare Lösung: Chorrherr appelliert an die Geschlossenheit der Partei, sie soll sich auf wenige Kernthemen, wie Ökologie konzentrieren. „Die Grünen“ sind hoch verschuldet, es wird ein internes Sparprogramm folgen, einige Parteianga-

ge

tro-Keynsianismus der 70er Jahre - Umverteilung durch Steuern, Reduzierung der Lebensarbeitszeit und Beschäftigungsprogramm im Weltmarkt - aber alles auf kapitalistischer Grundlage. Man könnte dies auch sozialdemokratischen Reformismus nennen. Dieser Politik fehlt aber die politische Basis, denn die Grünen sagen weder offen, mit wen sie diese Politik durchführen wollen, noch, wie sie den Widerstand der Kapitalisten gegen solche eine „Umwertungs-politik“ brechen wollen. In den Grünen laborieren die Grünen an der gleichen Krankheit wie die Sozialdemokratie: Es gibt keine genaue Analyse des Kapitalismus, wie sie sich, radikal eingeschlossen, die Oppositio-

nens links von der SPÖ betreuen und dadurch eine neue Bilanz des Kapitalismus zu ziehen. Die grüne Führung hat bereits eine klare Lösung: Chorrherr appelliert an die Geschlossenheit der Partei, sie soll sich auf wenige Kernthemen, wie Ökologie konzentrieren. „Die Grünen“ sind hoch verschuldet, es wird ein internes Sparprogramm folgen, einige Parteianga-

ge

ge



PolitikerInnenbezüge

„Und tschüs“

Eines ist sicherlich schade: Auf die lustigen Sprüche einer Kanzerlantin Christine Vranitzky - Stichwort Ballbiß am Golfplatz als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme - wird man in Zukunft verzichten müssen.

Die Arroganz, mit der die Vranitzkys der „einfachen“ Bevölkerung gegenüberstanden, ist aber nicht das einzige, was im Gedächtnis haften bleibt sollte. Franz Vranitzky war der erfolglose SPÖ-

Parteivorsitzende in der Geschichte der Zweiten Republik. Unter seiner Führung gingen der Partei mehr als ein Drittel ihrer Mitglieder - rund 250.000 - und fast sämtliche Wahlen auf allen Ebenen verloren. Politisch lieferte Vranitzky die SPÖ - obwohl ihm hier als Ex-Bankmanager eigentlich kein Vorwurf gemacht werden kann - vollständig an die Bürgerlichen aus und rückte die Partei weit nach rechts. In seine Ära fallen: Die Zerschlagung der Verstaatlichten, mindestens 30.000 Arbeitslose mehr, die Ausländerengagessetze und mehrere Sparpaket. Diese politik war der Stoff, aus dem der Aufstieg der Haider-FPÖ gemacht ist. Ein Aufstieg,

der mit Vranitzkys Antritt begann und diesen konsequent begleitete.

Von „Linken“ wurde das „korrekte Verhältnis zur Vergangenheit“ und Vranitzkys Rolle während der „Waldeheim-Ar“ oft als die großen Pluspunkte seiner Laufbahn genannt. Allerdings - selbst aus der Sicht westlicher Bürgerkreise war die Position, in die Österreich damals durch die Waldeheim-Kandidatur hineinmanipuliert wurde, nicht tragbar. Vranitzky betrieb auf dem internationalen Parkett schlichtweg das bessere „bürglerische“ Krisenmanagement - eine Rolle, die er der SPÖ in allen Bereichen verordnet hat. Er wagte es allerdings nie, Waldeheim offen wegen seines Lügen zu kritisieren - im Gegensatz zu seinem Vorgänger Sinowatz, der deshalb seinen Job nehmen mußte. Wie selektiv auch Vranitzkys „Vergangenheitsbewältigung“ übrigens oft war, zeigt eine seiner letzten „Aktionen“: In einem stand veröffentlichter Kommentar allblößlich des hundertsten Geburtstags der Architekten Schütte-Lihotzky - nach Jahrzehnten der Schämung und eines Ignoranz - durch deren Widerstandsfähigkeit gewürdigt. Freilich findet sich keine Zeile darüber, daß dieses Frau alles, was sie in ihrem Leben leistete, als überzeugte Kommunistin tat.

Bruno Kreisky wird der Satz zugeschrieben, „Solange ich regiere, wird nichts regiert“. Erfunden oder nicht, der Ausdruck hält einer historischen Überprüfung jedenfalls stand. Innerparteilich war Kreisky in Fragen wie z.B. der Abtreibung, oder der zweitsprachigen Ortsäste immer auf der rechten Seite. Mit linker Opposition - z.B. in den Jugendorganisationen - ging er nicht gerade zimperlich um. Doch kaum war er 1983 zurückgetreten, mutierte er - wahrscheinlich nicht zuletzt wegen der Politik seiner Nachfolger - zu linken Identifikationsfigur. Man erinnerte sich plötzlich „an die gute alte Kreisky-Zeit“, die Sozialistische Jugend - früher ein scharfer Kritiker seiner Politik - verkauft sogar bei einem Mäusemaus Kreisky-Anstecker. Es ist zu befürchten, daß anfänglich der vorhersehbaren Integration Haiders in die Zentren der politischen Macht, sich manche früher oder später an die vermeintlich gute alte Vranitzky-Zeit“ erinnern werden. Aber Gründie, „Vranitzky-Gedenk-Buttons“ zu produzieren, schei ich eigentlich keine.

Der Slogan „Grüner Kompaß für eine andere Republik“ ist irreführend. Nachdem sie bei der Nationalratswahl '96 nur knapp die 4 % Hürde für das Parlament übersprungen hatten, gab es jede Menge persönlicher Querelen in der grünen Führungsriege.

von Thomas Kerschbaum,
SOV-Ortsgruppe Wien Nord

Die Grünen werden in der Öffentlichkeit geprägt durch das Auftreten Chorrherr und einiger weniger Personen an der Spitze. Chorrherr möchte eine Änderung der Selbstdarstellung. Respektabel, berechenbar und regierungsfähig sollen die Grünen werden. Chorrherr bietet die Regierung jede Kooperation an, bei gleich-

zeitig generell harter Oppositionspolitik. Bei jedem Treffen Chorrherr zur schrittweisen Änderung der grünen Politik, kommt sofort heftiger Protest aus der Partei, einmal von den Bundesländer-Grünen, das andere Mal von den Wiener „Linken“ oder von EU-Abgemeindeten Vogelhuber. Unter Chorrherr gab es zweifelslos eine ideologischen Rechtswendung, aber für was stehen die Grünen nun? Sie sind gespalten - politisch und organisatorisch. In Fragen der Ideologie, der Ausrichtung, der Neutralität usw. gibt es einen sehr labilen Grundkonkonsensus in der Partei, der nur durch die Oppositionsrolle der Grünen und der noch inneren andauernden negativen Haltung der SPÖ-Führung zu einer möglichen Regierungsbeteiligung zusammengehalten wird. Die ideologischen Signale der

grünen Führung sind mißverständlich und widersprüchlich. Chorrherr steht eindeutig für einen kapitalistischen Weg. Klar, er ist - wie so viele SPV'ler auch - gegen einen „ungezielten Kapitalismus“, spricht sich für die Gemeinschaftswirtschaft und die Gründungswirtschaft wie Energie und Wohnen aus, aber unterstützt wie Van der Bellen die Privatisierung der Bank Austria. Auch in der Frage der Grünen sind die politischen Signale der Grünen sehr widersprüchlich, einmal ja - einmal skeptisch. Es gab und gibt noch immer Hoffnung in Teilen der österreichischen Linken, daß die Grünen sich zu einer klar linken Kraft entwickeln könnten, die Opposition links von der SPÖ betreuen und dadurch eine neue Bilanz des Kapitalismus zu ziehen. Die grüne Führung hat bereits eine klare Lösung: Chorrherr appelliert an die Geschlossenheit der Partei, sie soll sich auf wenige Kernthemen, wie Ökologie konzentrieren. „Die Grünen“ sind hoch verschuldet, es wird ein internes Sparprogramm folgen, einige Parteianga-

ge

Was ist Globalisierung, und wie können wir uns gegen ihre Auswirkungen wehren?

Wem nützt Privatisierung?



CA-Beschäftigte protestieren gegen drohende Kündigungen

Die „Privatisierung“ ist nicht nur zum Bestandteil jedes Regierungsprogramms - egal ob auf kommunaler, Ländler- oder Bundesebene - geworden. Sie wurde zum Dogma einer „erfolgreichen“ Wirtschaftspolitik - nach dem Motto „Wer am meisten und schneidet privatieren kann, ist der beste Finanzminister“. Die Situation der Ex-„Verstaatlichten“ beweist, daß die tatsächliche Entwicklung alles andere als „erfolgreich“ ist: Profite wurden und werden privatisiert, Verluste bleiben verstaatlicht, und zehntausende ArbeitnehmerInnen sitzen auf der Strafe.

von David Mum,
SOV-Landesgruppe NÖ

Der Verstaatlichung von Schlüsselindustriezweigen 1946/47 stimmte die ÖVP zu, denn „keine private Stelle wäre damals (nach dem Zweiten Weltkrieg) in der Lage gewesen, jene ungeheuren Kapitalien aufzubringen, die notwendig waren, um die Schlüssel-Industrien wieder in Gang zu bringen“, meint der ÖVP-Bundeskanzler Raab. Die Verstaatliche machte ca. ein Fünftel der österreichischen Industrie aus und hat drei Jahrzehnte lang positive wirtschaftliche Erträge erzielt. Die Trendwende begann Mitte der 70er Jahre mit dem Ende des Nachkriegsaufschwungs und den ersten internationalen Rezessionen. Die Verstaatliche war ab diesem Zeitpunkt (1975) mit einer rückläufigen Ertrags situation konfrontiert. Hinzu kam, daß die Verstaatlichte die Privatindustrie mit billigen Rohstoffen und Halbfertigwaren, zu Preisen deutlich unter Weltmarktniveau, versorgte.

1978 befanden sich 25,9% des Nominalkapitals aller Kapital- und Personengesellschaften im Besitz der Republik, in der E-Wirtschaft war der Bundesanteil mit 62% am höchsten, gefolgt von 27% in der Industrie und 23% bei den Banken.

Mitte der 80er Jahre waren 100.000 ArbeitnehmerInnen - ca. ein Fünftel der Industriebeschäftigten - in der verstaatlichten Industrie beschäftigt. Weitere 55.000, bzw. 10% der Industriebeschäftigten, haben die ver-

staatlichten Banken in ihren Konzernbetrieben beschäftigt. Die zweite große Koalition in der Nachkriegszeit beschloß 1987 in ihrem Arbeitsübereinkommen erstmals ein offizielles Privatisierungsprogramm. Von 1987 bis 1993 wurden Privatisierungen im Ausmaß von 24,5 Milliarden Schilling vorgenommen. Die Privatisierung der CA markiert einen weiteren großen Schritt in diese Richtung. Der nächst folgende Privatisierungsschub steht bei der Telekommunikation an!

„Volksaktie“?

Schon in ihren ersten Nachkriegs-participprogramm stellte die ÖVP die These auf, daß der Marxismus das Proletarierisierung der Besitzenden, die ÖVP dagegen die Entproletarierung der Nichtbesitzenden anstrebe. Statt dem Marxismus, der die Produktionsmittel vergesellschaften will, wird ein „Volkssozialismus“ angestrebt, in dem möglichst alle, so auch die ArbeitnehmerInnen, am Kapital beteiligt sind. Aber diese Vorstellung ist im „real existenten“ Kapitalismus genauso romantisches wie unrealistisches.

Internationale Erfahrungen beweisen, daß sich anfanglich breit gestreutes Beteiligungskapital binnen kurzer Zeit auf einige wenige GroßanlegerInnen konzentriert, wodurch diese wesentlichen Einfluß auf die Unternehmenspolitik gewinnen könnten.

Bei der Privatisierung der britischen Telecom 1984, die in den Jahren zuvor beachtliche Gewinne er-

wirtschaftete, wurde der Verkaufspreis künstlich niedrig gehalten und betrug nur einen Bruchteil des Marktwerts. Bei der Aktienausgabe kamen dann zwar auch KleinanlegerInnen zum Zuge, aber die Zahl der AktionärInnen sank von 2,3 Mio. zum Zeitpunkt der Privatisierung binnen 6 Monate auf 1,7 Mio. Sogar das Finanzmagazin Economist schrieb, daß diese Privatisierung nicht den KonsumentInnen helfe, wie im Vorfeld argumentiert worden war. Seit der Privatisierung wurden 110.000 Jobs abgebaut. Auch durch die Privatisierung von Jaguar ging die Zahl der AktionärInnen von 125.000 auf 50.000 nach nur zwei Monaten zurück.

Ein noch aktuelleres Beispiel - die Privatisierung der deutschen Telekom - zeigt, was Privatisierung bedeutet: Umverteilung von „unten“ nach „oben“.

Postprivatisierung in Österreich?

Beim Aufgang der Telekom kamen 720 Mio. Aktien mit einem Gesamtwert von 20 Milliarden DM verkauft werden. Der Börsengang selbst hat 900 Mio. DM gekostet! Gut die Hälfte dieser Summe ging an ein Bündenkonsortium, und 400 Mio. DM hat die Werbekampagne und der mit dem Börsengang verbundene Verwaltungsaufwand verschlungen. Für diese Beiträge und an AktionärInnen zu zahlende Dividenden werden die KonsumentInnen mit ihren Gebührenzahlungen aufkommen müssen. Weswegen schon vor einem Jahr eine - von lauen Protesten begleitete - „Gebührenreform“ durchgeführt wurde.

Es geht aber auch anders: In Frankreich mußte Premier Juppé nach den Massenprotesten und Stoppes Ende 1995 versprechen, die Telecom France nicht vollständig zu privatisieren. Die Privatisierung erweist sich als Umtwickelungsmaßnahme zum Kapital. Wen geht die deutsche Telekom jetzt? Die absolute Mehrheit der Aktionen (54 %) werden von Kunden und Investorenfonds gekauft, die 3 Mio. KleinanlegerInnen werden ihre Stimme an Depotbanken abtreten müssen.

Die Banken, die 1995 schon 9 Milliarden DM an Schuldenzinsen von der Telekom erhielten, kassieren ab jetzt auch Dividende für ihre Aktienpakete. Noch 1995 kam der Gewinn von 3,5 Milliarden DM dem Bund zu. Eheringebend mit der Privatisierung werden 60.000 Arbeitsplätze (von insgesamt 230.000) bis ins Jahr 2000 abgebaut. Für die steigende Arbeitslosigkeit kommen die AktionärInnen natürlich nicht auf, sondern der Bund. Die Logik ist wieder einmal die übliche bei Privatisierungen: Die Gewinne werden privatisiert, Verluste und Kosten trägt die Allgemeinheit.

Auch für die österreichischen ArbeitnehmerInnen ist an der Zeit, offen Widerstand gegen eine Politik, die ihren Interessen zuwiderläuft, zu leisten. Die Marktliberalisierung führt zwar zu Konkurrenz, aber primär zu Konzentrationaprozessen: Nur wer läuft



BA-Chef Randa hat gut lachen

Der CA-Deal und seine Folgen

Die Bank Austria (BA) hat die Bundesanteile der Creditanstalt (CA) gekauft, die „Koalitionskrise“ wurde abgewendet und die SPÖ-Spitze lädt sich in den Medien als großer Sieger feiern.

von Michael Gehrmacher,
SOV-Gewerkschaftssprecher

Wenn der Maßstab des „Erfolges“ die Frage ist, „Wer hat die bessere bürgerliche Politik betrieben?“, haben Klima & Co tatsächlich gegen Schüssel und seine Mannschaft gewonnen. Der parteipolitische Rest-einfuß in der neuen Riesenbank ist sicherlich eher der SPÖ zuzuschreiben. Doch politisch ist ein anderes Ergebnis entscheidend: Der ÖVP ist es gelungen, mit dem Druckmittel FPÖ, nicht nur die CA sondern auch die Bank Austria schriftweise zu privatisieren. Mit dem CA-Deal verknüpft ist auch der Verkauf der 19 % Bundesanteile an der Bank Austria (BA). Die „normale“ Allgemeine Verwaltung Sparkasse (AVZ) wird ihren Anteil langfristig auf unter 20 % reduzieren. Und die einst schwarze GiroCredit wird von der roten AVZ wieder zurück in den schwarzen Einfußbereich. Die Privatisierung der BA ist vor allem für den mittleren und kleineren Parteiparticipant der Wiener SPÖ ein Erdbeben. Durch die BA (bzw. die mit ihr verbundenen W. Holding) konnte auf die ihr angeschlossenen Unternehmen bis jetzt direkter politischer Einfluß genommen werden. Mit den Interventionsmöglichkeiten über Betriebsräthe und KommunalpolitikerInnen ist es jetzt aber vorbei. Ein weiteres Stück der „traditionellen SOV“ wurde so zu Grabe getragen.

Geld für die CA? In großem Ausmaß nehmen die BürgerInnen die CA. Doch wer erwirtschaftete Geld für die CA? In großem Ausmaß die (heute oft arbeitslosen) ArbeitnehmerInnen und Angestellten des CA-Wirtschafts imperiums. Mit einem simplen „Trick“ wurden die CA-Betriebe zur Finanzierung der CA verarbeitet. Man stellte die Betriebe mit Krediten aus, wovon oft die Zinsen dieser Kredite die „roten Zahlen“ brachten. Dann wurden solche Beiträge von der öffentlichen Hand mit Steuer geldern gespeist, die CA die Kreditzinsen einsteifte während die Beschäftigten Gehalts- oder Lohn-einbußen hinnehmen mußten. Dazu kommen noch extreme hohen „indizes“, die den AktionärInnen der einzelnen Betriebe ausgeschüttet wurden. Waren dann Betriebe wie z.B. die Semperit endgültig am Boden, wurden sie billigst an internationale Kapital abgegeben. Die Ergebnisse sind z.B. bei Semperit bekannt.

Sparkassengeflecht

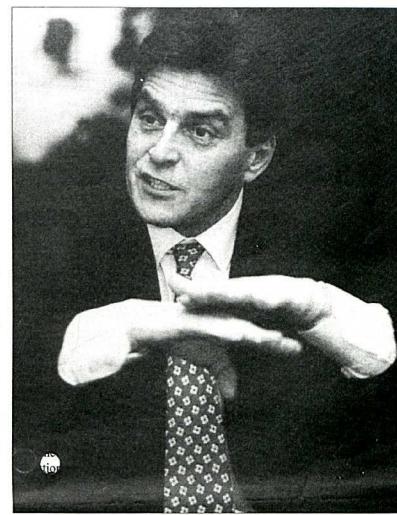
Ein weiteres Merkmal der Österreichischen Bankenlandschaft ist das dichte Netz von Sparkassen. Viele Ortschaften verfügen über eine oder mehrere Sparkassen, die Gemeinde- und Landes-Hypobanken geraten unter Druck, weil die Haftung von Ländern und Gemeinden wahrscheinlich nicht EU-konform sind (Wettbewerbsverbot nach Artikel 92 des EU-Wettbewerbsrecht). Im Koalitionsübereinkommen zum CA-Deal ist auch von der „Novellierung des Sparkassengesetzes“ hinsichtlich des Haftungsverzichts oder Haftungsentgelts“ die Rede. ÖVP und FPÖ wollen die „Gemeindehaftung“ soweit abschaffen. 3) Laut CA-Deal muß die CA den 50 %-Anteil an den 3 Regionalbanken Oberbank, BKS und BTV verkaufen; dazu kommt die stark unter Druck geratenen Gemeindeparkassen und Hypo landeshandens, außerdem stehen 49 % der PSK zum Verkauf. Die Raiffeisen, Bawag und GiroCredit wollen möglichst viele Marktanteile dieser Banken. Besonders die PSK ist mit ihrer guten Infrastruktur (Postämter) für die Banken interessant.

4) Der Raiffeisensektor wird stärker, in dem er Teile der Landes-Hypobanken und der Volksbanken übernimmt.

Rationalisierungspotentiale

Das dichte Filialennetz wird zurückgehen; in Kombination mit der Einführung des EURO (z.B. weniger Personal für Währungstransaktionen notwendig) und der weiteren Technologisierung im Geldverkehr könnten sich die Arbeitsplatzsituationen im Bankensektor drastisch verschärfen. Der Raiffeisenbereich wird seine Rationalisierungspotentiale in

Arbeitsplätzen angekündigt (genaue Informationen im letzten Vorwärts). In der Bauwirtschaft erwartet das Wirtschaftsforschungsinstitut für '97 einen weiteren Rückgang der Arbeitsplätze um ca. 2.800 (- 1,1%); kein Wunder, der BA gehört die Wien-Bau (WIBEGA), sowie 40 % der Aktien des zweitgrößten Baukonzerns PORR und die Hälfte der STUAG. Der CA gehören 70% der UNIVERSALE, eines Hauptkonkurrenten von PORR. 18.000 Menschen arbeiten in diesen Firmen. Die Auftragslage am Bau wird aber immer schlechter, warum soll man gerade dann zwei konkurrierende Baunternehmen behalten? Bei der Semperit Holding AG (im Stammwerk Wimpassing werden vor allem Schlüsse, Förderbländer und ähnliches hergestellt) wurde in den letzten Jahren der Anteil rationalisiert, Teile der Produktion sind bereits nach Ungarn verlegt worden. Angeblich soll die Semperit-Holding AG an der Wiener Börse in den Fischhandel überstellt werden (Kurier vom 13.1.97).



Klima war schon länger als Privatisierer bekannt

sohn Minister Käufer ist die Erste Österreichische Sparkasse (sie hat bereits 27 % der Giro). 2) Die Sparkassen und Landes-Hypobanken geraten unter Druck, weil die Haftung von Ländern und Gemeinden wahrscheinlich nicht EU-konform sind (Wettbewerbsverbot nach Artikel 92 des EU-Wettbewerbsrecht). Im Koalitionsübereinkommen zum CA-Deal ist auch von der „Novellierung des Sparkassengesetzes“ hinsichtlich des Haftungsverzichts oder Haftungsentgelts“ die Rede. ÖVP und FPÖ wollen die „Gemeindehaftung“ soweit abschaffen. 3) Laut CA-Deal muß die CA den 50 %-Anteil an den 3 Regionalbanken Oberbank, BKS und BTV verkaufen; dazu kommt die stark unter Druck geratenen Gemeindeparkassen und Hypo landeshandens, außerdem stehen 49 % der PSK zum Verkauf. Die Raiffeisen, Bawag und GiroCredit wollen möglichst viele Marktanteile dieser Banken. Besonders die PSK ist mit ihrer guten Infrastruktur (Postämter) für die Banken interessant.

4) Der Raiffeisensektor wird stärker, in dem er Teile der Landes-Hypobanken und der Volksbanken übernimmt.

Die ÖGB ist auf diese drohende Entwicklung nicht vorbereitet. Es ist bezeichnend, daß es offensichtlich nicht einmal Gespräche zwischen BA und CA -Betrieb während des Deals gab. Der ÖGB begrüßt die Übernahme einfach. Einzig die GPA warnte vor der drohenden Vernichtung von Arbeitsplätzen.

Es fehlt jegliche grundsätzliche Positionierung zur Entwicklung im Bankenwesen. Die SOV lehnt jede Privatisierung ab. Ebenso sind wir für die sofortige Aufhebung des Bankgeheimnisses. Wir wollen wissen, wo die Milliarden der Reichen sind (die immer behaupten sie haben keines) und was damit geschieht. Wir sind durchaus für eine Neuordnung im Bankensektor nämlich für die Schaffung einer einzigen „National-Bank“ die unter Kontrolle der Gewerkschaften, des Staates und der Beschäftigten - freilich ohne Privilegien und Posten-Schächer - steht.

Hollywood-Rummel um argentinische Millionärin

Evita - eine Volksheldin?

Eigentlich mag ich ja lieber Actionfilme, vor allem wenn schon ein Hollywoodfilm sein muß. Aber das Spektakel um die Figur der "heiligen" Eva Peron hat mich nicht entgehen lassen können - was sich im nachhinein sicher als großer Fehler herausgestellt hat. Drei Stunden Gescene der mattesten Art, und das trotz des höchstaufregenden Stauraubes.

von Florian Seidl
SOV Wien Mitte

Zu Beginn wird Evita alias Eva Duarte die Teilnahme am Begegnungsraum ihres Vaters verboten - sie ist ein uneheliches Kind. Das kränkt sie so sehr, daß sie beschließt, reich und berühmt zu werden. Kaum erwachsen, schließt sie sich einem bekannten Sänger an, um in die Hauptstadt Buenos Aires zu gelangen, wo sie dann durch diverse Beitten Karriere macht. Die armen Männer, die von Evita betrogen werden, (Bis jetzt war in Argentinien Sex Männersexualität), jammern dazu im Hintergrund. Bis Evita den einzigen wahren trifft: Oberst Juan Peron, der gerne

ständig anwesenden Beobachter, der allerhand Weisheiten von sich gibt, und sich als Che Guevara heraustellt. Ich habe den Argentinier eher als Kämpfer gegen Diktatoren in Erinnerung - ob er sich als Kärrickebauer für Diktatorinnen auch eigne? Che soll hier wohl eher bewußte Verirrung schaffen, um Evita nicht in dem rechten Eck stehen zu lassen, in das sie gehört.

Volksheldin?

Wohl kaum. Juan Peron, ein Bündner von Hitler und Mussolini, verstand es lediglich, Teile der Arbeitermensch während des Krieges hinter sich zu bringen. Da Argentinien am Krieg gut verdiente, konnte es sich die Bourgeoisie leisten, die ArbeiterInnen einzukaufen, indem sie ihnen Lohnherungen gaben. Nicht umsonst spielt ein großer Teil des Films in Schlachtfeld - Fleisch war der Hauptgrund für Argentiniens Reichtum. Im Film stehen auch die

Gewerkschaften hinter Peron - das dürfte wohl nur auf seine eigene, die CCG zutreffen, die anderen (linken) lies er höchstpersönlich verbieten. Auch, daß die Mächtigen ihr vor allem dafür habten, daß er sein arme Geliebte geheiratet hatte, ist wohl nicht die ganze Wahrheit. Vielmehr hätte Peron nationalistischer Kurs viele Feinde unter den am Imperialismus gut Verdienenden. Und nicht zuletzt war es Peron, der vielen Größen des Naziregimes die Flucht nach Argentinien ermöglichte, aus

politischer Solidarität.

Evita durfte dem Volk das Spiel mit Reden und Stiftungen versetzen, der Mund des Volkes beim Präsidenten.

Auch

seines Argument, das sie im Film für die Massen hat: „Wenn Peron mich liebt, liebt er euch alle“ steht wohl für sich selbst.

Heute soll Evita Peron uns wohl als Beispiel vorgeführt werden, wie frau in der Politik Karriere machen soll - von Bett zu Bett bis zum millionenreichen Klamotten behängtem Austrittsstück, das dann Wohl-

TERMINE

- 10.2.97 „Frauen-Vollbescheid“ mit Mit-Initiatorin Regine Kern
FrauenStammtisch
- 10.2.97 „Mythen Globalisierung“ mit Vertretern von GPA/GBL/SOV,
18.30, VHS-Wr. Neustadt
Regionalgruppe NÖ
- 11.2.97 „Folgen der Privatisierung“
OG Wien Ost
- 12.2.97 „Gewerkschaften im Widerstand gegen den Faschismus“
mit Wolfgang Maderthaler vom Verein für Geschichte der
Arbeiterbewegung
Gewerkschaftsstammtisch
- 12.2.97 „Massenprotest in Serbien“
OG Wien Süd/Mitte
- 21.2.97 „Einführung in den Marxismus“
OG Wien Nord
- 25.2.97 „Utopische Sozialisten“
OG Wien West

Ortsgruppen der SOV

Du willst nicht nur unser Zeitung lesen, sondern mit uns diskutieren? Dann komm in eine der Ortsgruppen der SOV.
Oder ruf uns an: 0222/524 63 10

- Wien**
Ortsgruppe Wien Süd/Mitte:
jeden Mittwoch 19 Uhr
„Ameringhaus“
7, Stiftg. 8
- Ortsgruppe Wien West:
jeden Dienstag 19.30 Uhr
„Club International“
16, Payeng, 14
- Ortsgruppe Wien Nord:
jeden Freitag 19.30 Uhr
„Cafe Spectrum“
2, Amreitzergasse 8

Unsere politische Arbeit kostet Geld. Der Kampffond gibt unsere Einnahmen wieder. Auf dem Thermometer wird jener Anteil des Gesamtzwecks aufgezeigt, den wir erreicht haben.

Kampffonds aktuell

Das neue Vorwärts gefällt mir, deshalb möchte ich:
Eine Probenummer gratis

Ein Vorwärts-Abo für:
□ 5 Nummern zu \$50,- (inkl. Porto)
□ 10 Nummern zu \$100,- (inkl. Porto)
□ ... Stück Vorwärts zum Weiterverkauf (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

Außerdem interessiere ich mich für die Arbeit der SOV und möchte:
□ zu Veranstaltungen eingeladen werden
□ Eure Materialiste (Bücher, Broschüren, T-Shirts,...)
□ Mitglied der SOV werden!

Ein Vorwärts-Förder-Abo für:
□ 5 Nummern zu \$50,- (inkl. Porto)
□ 10 Nummern zu \$100,- (inkl. Porto)
□ 20 Nummern zu \$200,- (inkl. Porto)

Ein Vorwärts-Förder-Abo für:
□ 5 Nummern zu \$50,- (inkl. Porto)
□ 10 Nummern zu \$100,- (inkl. Porto)
□ 20 Nummern zu \$200,- (inkl. Porto)

Zeit bis Ende Jänner: \$10 000,- davon erreicht: 34,9%

Besonderer Zeitungsverkauf:
In Berlin auf der Luxemburg-Liebknecht-Gedenkveranstaltung 112 Zeitungen

Ende 1996 erreichte uns die Presseförderung - für uns eine Möglichkeit 1996 schuldenfrei zu beenden.

Den!



Gegen die Regierung

Seit 17. Dezember 1996 halten die KämpferInnen der peruanischen Guerillaorganisation Tupac Amaru eine Reihe von Vertretern der High Society in der japanischen Botschaft in Peru fest. Deren Freilassung knüpfen sie an die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen und einer Änderung der neoliberalen Wirtschaftspolitik von Präsident Fujimori.

Obwohl bürgerliche Presse und Politiker die Aktion verurteilen, waren sie doch gezwungen, über die Situation in Peru zu berichten. Verdientes Beschäftigte in den Spitzenbranchen - wie dem Munitionswerk Zastava - in den 80er Jahren rund 80.000,-, so ist es heute mehr ein Zehntel davon. Man schätzt, daß bis zu 80 % der ArbeitnehmerInnen nur mehr formell angestellt sind - ohne zu arbeiten. Sie werden mit 0,20-300,- pro Monat abgespeist - für ihr Nächsterchen.

Das Milosevic-Regime ist einer der Hauptverantwortlichen dafür: Es leitet die kapitalistische Restauration in Jugoslawien ein, unterdrückte die albanische Mehrheit im Kosovo und trieb - wie Tuđimann und Izetbegović - den Krieg voran. Für den Westen war Milosevic einmal „Hitler und Stalin zusammen“, dann wieder ein geachteter Verhandlungspartner.

In der Bevölkerung spielt die Angst vor einer Rückkehr des Krieges eine große Rolle. Mit Appellen an die politische Diktatur, z.B. über die Medien, anlastet.

„Zajedno“ ist ein Bündnis aus fünf Parteien, nur geeint durch die Opposition gegen Milosevic. An der Spitze stehen zwei dubiose Figuren: Draskovic und Djindji. Draskovic ist ein extremer serbischer Nationalist, der immer gegen die Einheit Jugoslawiens war. Djindji gibt sich als Politiker von westlichem Format. In der Vergangenheit versuchte er gemeinsam mit dem Führer der bosnischen Serben, Karazatic, Milosevic zu stützen. Der Karazatic von „Zajedno“ schwächt das Regime. Ebenso sind Spaltungsendenzen in den oberen Etagen der Macht zu erkennen: Die Organe der Teilrepublik Montenegro kritisieren Milosevic's Vorgangsweise. Jetzt setzt die serbische Regierung auf ei-

ne Hinhaftetaktik: Zugeständnisse werden getätigkt und zurückgezogen.

Der Ausgang der Entwicklung ist im Moment ungewiß, gut möglich,

däß all das in einem Blutbad (Draskovic) endet. Sowohl Milosevic wie

auch „Zajedno“ stehen für die Westbindung und die kapitalistische Restauration. Deshalb kann der Westen sich auch nicht so recht zu einer klaren Unterstützung für eine Seite durchreden.

Gegen die prokapitalistische Politik Milosevics hat im vorigen Jahr einige erfolgreiche Streiks gegeben - Lohnrückstände und geplante Entlassungen brachten ArbeitnehmerInnen auf die Straße. Aber gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Restauration will niemand von „Zajedno“ mobilisieren. Genau das steht dem Sturz des Milosevic-Regimes durch eine breite Bewegung der ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen entgegen.

Die Wettbewerbsfähigkeit des Landes „in Zeiten der Globalisierung“ zu erhalten. Ein Satz, den man in letzter Zeit häufig hört, nicht nur in Südkorea. Wenn es nach dem Hundertausende sind auf der Straße

Präsidenten

geht, müssen südkoreanische ArbeitnehmerInnen mit chinesischen Löhnen

konkurrieren. Doch die ArbeitnehmerInnen in Südkorea entschieden sich für einen anderen Weg.

Wochenlange Streiks

Als bekannt wurde, daß die neuen Gesetze beschlossen wurden, rief die Gewerkschaften auf, die Regierung antwortete auf die Streiks

mit Repression und Verhaftungen von Gewerkschaftsfunktionären.

Doch man ließ sich nicht einschüchtern und streikt weiter. Mittlerweile

ist Präsident Kim Young Sam bereit,

über gewisse Änderungen zu diskutieren. Eine Zurücknahme des Gesetzes

lehnt er aber nach wie vor ab.

Die südkoreanischen ArbeitnehmerInnen beweisen einmal mehr, daß das Bild,

das uns von Südkorea vermittelt

wird - blühender Kapitalismus und

zuvielen Menschen - nichts mit der Realität zu tun hat.

fener die Gewerkschaften am 15. Januar zum Generalstreik auf, dem 800.000 Beschäftigten folgten. Die

Regierung antwortete auf die Streiks

mit Repression und Verhaftungen von

Gewerkschaftsfunktionären.

Doch eine Weile später kam

die Öffnung des koreanischen Marktes

für Importe und die Möglichkeit der

Auslagerung südkoreanischer Pro

duktion in noch „billigere“ Staaten

konfrontiert.

Für Präsident Kim Young Sam sind

die neuen Gesetze erforderlich, „um

die Gesetze zurückzunehmen, ne-

mit der Realität zu tun hat.

Massendemonstrationen

Seit Mitte November demonstrieren in Belgrad täglich hunderte Menschen gegen den Wahlbetrug der Regierung bei den Kommunalwahlen. Bei der Betrachtung der Bewegung sieht vor allem ein Faktor ins Auge: Die ArbeitnehmerInnen demonstrieren nicht mit auf den Straßen der jugoslawischen Hauptstadt.

von John Evers,
SOV-Ortsgruppe Wien Süd

Grund genug, Unmut zu äußern, gibt es allerdings. Eine wirtschaftliche, soziale und politische Krise beutet das Land nach fünf Jahren Bürgerkrieg durch. Die Industriepazifitäten sind nur zu 20 % ausgelastet. Die Produktion befindet sich auf dem Niveau von 2/5 der Leistung von '89. Bei 60 % der ArbeitnehmerInnen gibt es permanente Lohnrückstände, während sie doch gezwungen, über die Situation in Peru zu berichten. Verdientes Beschäftigte in den Spitzenbranchen - wie dem Munitionswerk Zastava - in den 80er Jahren rund 80.000,-, so ist es heute mehr ein Zehntel davon. Man schätzt, daß bis zu 80 % der ArbeitnehmerInnen nur mehr formell angestellt sind - ohne zu arbeiten. Sie werden mit 0,20-300,- pro Monat abgespeist - für ihr Nächsterchen.

Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajedno-Position“. Die beiden unterschiedlichen Ergebnisse lassen darauf

schließen, daß man Milosevic weniger

„nachgeehrt“ wurde - klar (48%) gewinnen. Ganz anders die Situation bei den Kommunalwahlen vom 17. November: 14 der 18 wichtigsten Städte gingen an die „Zajed



Europa der Grenzen

Die EU erklärte 1997 zum „Jahr gegen Rassismus“. Die Heuchelei ist kaum zu überbieten. Denn zur selben Zeit gibt es rassistische AusländerInnen-Gesetze, oder sie werden beschlossen. Auch sprechen rassistische Äußerungen von EU-PolitikerInnen fast aller Fraktionen eine deutliche Sprache.

von Isa Breier,

SOV-Ortsgruppe Wien Ost

AusländerInnen werden aufgrund der wirtschaftlichen Krise von den Unternehmern immer weniger gebraucht. Die ungefähr 6,5 Millionen Flüchtlinge in Europa passen nicht in die Strukturen eines EU-Binnenmarktes, der sich gegenüber den USA, Japan und Südostasien behaupten will. Steigende Arbeitslosigkeit macht sie als Arbeitskräfte unnötig. Seit Ende des Kalten Krieges bedeuten auch Flüchtlinge aus dem „Osten“ weder politischen noch wirtschaftlichen „Gewinn“ für die kapitalistischen Staaten.

Das Märchen vom „grenzenlosen“ Europa

Auf dem Papier öffneten sich mit 1.1.1993 - für EG-BürgerInnen - die Grenzen. Der Entschluß zur Verwirklichung eines EG/EUweiten Binnenmarktes und der „vier Freiheiten“ (freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen) wurde gefeiert. Europa habe, so hieß es, die nationalen Schranken endlich überwunden. Am 15. Februar desselben Jahres wurde bei einer Konferenz in Budapest „ein erfolgversprechendes Bekämpfungsprogramm“ gegen illegal einreisenden AusländerInnen aus Drittländern verabschiedet. Einige Monate später

(1.6.93) beschlossen jene Innenminister, die noch zu Jahresbeginn über den „freien Personenverkehr“ gejubelt hatten, eine Empfehlung, die die sofortige Ausweisung von Personen, deren legaler Aufenthalt in einem EU-Staat abgelaufen war, verlangte.

Rassistische Gesetze

Seit mehr als zwei Jahrzehnten wird unter fehlender öffentlicher Kontrolle eifrig an der Abschottung Europas gebastelt. Die Abkommen von Trevi, Schengen stehen für diese Politik, die unter anderem das Ziel verfolgt, Flüchtlinge daran zu hindern, überhaupt noch nach Europa zu gelangen. Diesem Zweck dienen folgende Strategien:

- die Einführung der Visapflicht für mehr als 130 Staaten
- die Bestrafung von Verkehrsunternehmen, vor allem der Fluglinien, die Flüchtlinge ohne ausreichende oder mit gefälschten Papieren transportieren
- die Drittstaatenregelung
- die Inhaftierung von AsylbewerberInnen

Europaweit werden Flüchtlinge ohne Papiere abgeschoben. Frankreich, wo im Sommer eine Kirche, in der sich schon jahrelang im Land lebende Flüchtlinge und deren Freunde verschanzt hatten, gestürmt wurde,

ist nur eines der vielen Beispiele.

Regierungen verweigern jenen Personen den Zugang zum Asylverfahren, die zuvor ein als sicher eingestuftes Land durchquert haben oder auch nur auf einem Flughafen umgestiegen sind. Die Begründung ist purer Zynismus: Sie hätten ja dort Asyl beantragen können. Sie schicken die Asylsuchenden, ungetracht ihrer physischen und psychischen Verfassung, ins „sichere“ Transitland zurück. Der Dominoeffekt läßt nicht auf sich warten: Ein unsicheres Verwirrspiel für Flüchtlinge, in dem die Menschen von einem Staat in den nächsten verwiesen werden. Häufig endet das Szenario im Herkunftsland mit Folter oder Mord.

Manche versuchen, über die „grüne“ Grenze einzureisen: Tod durch Erschöpfung, Ertrinken usw., weil ihnen die legale Einreise verwehrt wird und Profit für Schlepper.

Genaue Zahlen gibt es allerdings nicht, da die nationalen Behörden, ansonsten so gründlich, keine Totenstatistiken führen.

Immer neue Schikanen

Eine weitere Schikane gegen Flüchtlinge bedeutet die sogenannte „nicht aufschiebende Wirkung“. Sie besagt, daß Asylsuchende, deren Antrag auf Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft abgelehnt wurde und die dagegen Berufung eingelegt

haben, sich bis zur endgültigen Entscheidung nicht im Land aufhalten dürfen. Diese Maßnahme praktizieren z.B. Österreich, Frankreich, Deutschland und Schweden. Wenn Flüchtlinge währenddessen, also illegal, im Aufnahmeland bleiben (Frage: Wohin sollen sie denn einsteuern sonst gehen?) und entdeckt werden, werden sie inhaftiert. Viele Staaten haben sogenannte „Transitzonen“ eingerichtet, die nichts anderes als Internierungslager darstellen. Unter unzumutbaren Bedingungen werden Asylsuchende wie „Kriminelle“ behandelt. Selbstmorde sind keine Seltenheit.

Eine zusätzliche Diskriminierung der Flüchtlinge ist es, ihnen politische Betätigung zu verbieten - und damit eigentlich das Recht auf freie Meinungsäußerung -, so wie in Österreich oder in Schweden.

Immer größerer Beliebtheit erfreut sich im trauten Europa auch die Anwendung der restriktiven Interpretation der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, wonach bloß diejenigen Anspruch auf den Flüchtlingsstatus besitzen, die die Verfolgung durch einen Staat belegen können. Opfer von Verfolgung durch nicht-staatliche Akteure haben gar kein Anrecht auf den Flüchtlingsstatus. Dieses Modell akzeptierte z.B. Flüchtlinge aus Bosnien nicht.

Gleiches gilt für Opfer allgemeiner Gewalt, von Krieg und Menschenrechtsverletzungen. Das trifft vor allem Frauen, die z.B. während eines

Krieges systematisch vergewaltigt werden. Sie werden von den Regierungen mit der Erklärung, keiner individuellen Bedrohung durch den Staat ausgesetzt zu sein, abgespeist.

Ausweitung des rassistischen Modells

Das rassistische Abwehr- und Abschreckungskonzept hat mittlerweile in ganz Europa Schule gemacht. PolitikerInnen hantieren mit Begriffen wie der „Organisierten Kriminalität“, Innen- und Justizminister, Polizei, Kriminalpolizei, Staatsschutz, sie alle kreieren das Feindbild des „Flüchtlings“, der „AusländerInnen“.

Sie reden von der Bedrohung durch die „Asylantenströme“ und davon, warum es angeblich notwendig ist, sie zu bekämpfen. Durch ihre Politik, ihre Maßnahmen und ihre Ideologie wachsen Rechtsradikalismus und Rassismus. Rechtsextreme Organisationen werden durch sie und die steigende Akzeptanz von Rassismus allgemein stärker. Alle drei Minuten findet in Europa ein rassistisch motivierter Überfall statt. Das ist unter anderem Verdienst der „Festung Europa“. Und daran ändern auch irgendwelche Lippenbekennnisse der EU-Strategen nichts. Ein „Anti-Rassismus-Jahr“ der EU ist, wie die zuvor geschilderten Beispiele zeigen, eine Farce. Eine Farce, die von den wirklichen Zuständen wieder einmal ablenken soll.